

## Teil 2      Identität und Diskurs

### 1      **Zum Stand der Identitätsforschung**

(Henning Boekle und Jörg Nadoll)

#### **Nationale Identität – Definitionen und Abgrenzungen**

Allgemein bezeichnet Identität zunächst die spezifischen Charakteristika einer Person in Beziehung zu und in Abgrenzung von anderen. Dabei ist jedoch nicht von einer ‚natürlichen‘, exogen vorgegebenen Identität auszugehen. Die Charakteristika, die Identität bilden, werden vielmehr in einem sozialen Prozess erworben (Weller 2000: 4). Die Herausbildung einer spezifischen Identität und ihre eventuelle inhaltliche Modifikation ist somit immer ein Produkt sozialer Interaktion und Kommunikation (Mead 1973: 222, 244f.). Jedoch unterscheiden sich verschiedene Identitätsbegriffe insofern, als sie entweder die *Selbstzuschreibung* oder aber die *Fremdzuschreibung* identitätsbildender Elemente in den Vordergrund stellen. Ist Ersteres der Fall, d.h. ist die Selbstreflexion eines Individuums über seine Wesenszüge, die es von anderen unterscheiden und unverwechselbar machen, Grundlage der Konstruktion von Identität, so wird von individueller Identität gesprochen. Personale Identität hingegen meint diejenigen Rollen und Eigenschaften, die ein Individuum im Prozess seiner Sozialisierung in ein soziales Umfeld internalisiert. Beide Identitätsaspekte sind jedoch insofern miteinander verknüpft, als die Konstruktion von Identität immer eine Konsequenz der Kommunikation und Interaktion eines Individuums mit seinem sozialen Umfeld ist (Pollak, 1998: 46).

Menschliche Individuen haben ein emotionales Grundbedürfnis danach, sich mit anderen menschlichen Individuen und sozialen Gruppen zu identifizieren, also neben ihrer individuellen bzw. personalen Identität soziale Identitäten auszubilden. Soziale Identität bezeichnet in ihrer psychologischen Definition

*„...that part of an individual’s self-concept which derives from his knowledge of his membership in a social group (..) together with the value and emotional significance attached to that membership“.* (Tajfel 1978: 63)

Die soziale Gruppe, die sich aus den sich mit ihr identifizierenden Individuen zusammensetzt, unterscheidet sich von anderen sozialen Gruppen wiederum durch ihre spezifische kollektive Identität. Kollektive Identität meint „die zeit- und generationsübergreifende Beständigkeit von Institutionen, Symbolen, Werthaltungen und Zielen einer Gruppe oder staatlich verfassten Gesellschaft“ (Holtmann 1991: 237) – vor allem das Produkt von Kommunikation und Interaktion innerhalb einer sozialen Gruppe, die sich bestimmter, mehr oder minder objektivierbarer Gemeinsamkeiten bewusst ist (*ingroup*) und diese Gemeinsamkeiten in Abgrenzung zu anderen Individuen und Gruppen (*outgroup*) als identitätsbildend betont (vgl. Peters 1998: 5). Nationale Identität ist eine spezifische Form kollektiver Identität. Sie basiert auf der Selbstdefinition eines Kollektivs als „Nation“ mit einer gemeinsamen Geschichte. Die Konstruktion nationaler Identität manifestiert sich in dem von der Gruppe „Nation“ geteilten Bestreben, verschiedene Begriffe von „Nation“ – Sprachnation, Kulturnation, Staatsnation usw. – miteinander in Deckung zu bringen. Der gemeinsamen politischen Organisationsform der Nation – dem Staat und seinen Institutionen – kommt für die Identifikation der einzelnen Mitglieder mit der sozialen Gruppe „Nation“ daher besondere Bedeutung zu (Hedetoft 1995: 20ff.).

### **Die Identitätsforschung im Überblick**

Im Abschnitt 1 ist deutlich geworden, dass die Theorie der Internationalen Beziehungen bislang nur wenig zur vergleichenden Außenpolitikforschung beizutragen vermochte. Diese Bestandsaufnahme wäre jedoch unvollständig, ließe sie bemerkenswerte Entwicklungen des letzten Jahrzehnts im Bereich der Identitätsforschung außer Acht. Konstruktivistisch inspirierte Autoren wie Jachtenfuchs, Katzenstein, Larsen oder Banchoff, die den theoretischen Boden exogen vorgegebener Präferenzen, wie er realistischen und (utilitaristisch-)liberalen Ansätzen zugrunde liegt, verlassen haben, konnten der Außenpolitikforschung wichtige Impulse verleihen. Das Interesse für „immaterielle“ Faktoren wie Identität ist ein kennzeichnendes Merkmal des konstruktivistischen Forschungsprogramms (Checkel 1998; Hopf 1998). Dabei wird „Identität“ zunächst allgemein definiert als

*“images of individuality and distinctiveness (‘selfhood’) held and projected by an actor and formed (and modified over time) through relations with significant ‘others’”*  
(Jepperson; Wendt und Katzenstein 1996: 59).

Zusammengefasst kann folgende Bestandsaufnahme konstruktivistischer Forschungen in Bezug auf europäische Außenpolitik vorgenommen werden:<sup>1</sup>

- Studien über ‚Identität‘ nehmen rasant zu, es herrscht indes kaum Klarheit über einen einheitlichen Inhalt und Bedeutung des Begriffs (Abdelal; Herrera et al. 2001).
- Neben ‚Identität‘ existieren eine Vielzahl von ähnlichen und verwandten Konzepten, wie ‚Verfassungsideen‘ (Jachtenfuchs 1999), ‚außenpolitische Rolle‘ (Maull 1992), ‚discursive layers‘ (Hansen und Waever 2002), ‚nukleare Mentalitäten‘ (Heuser 1998), ‚cultures of antimilitarism‘ (Berger 1998) u.a.m.
- Während einige Autoren die soziale Konstruktion von Identitäten untersuchen,<sup>2</sup> zeichnen andere die Wirkung von Identität auf (außenpolitisches) Verhalten nach (Larsen 1999; Prizel 1998; Bora 1995).
- Das Wechselspiel zwischen Akteuren und Strukturen ist theoretisch gut erfasst (Checkel 1998b), es mangelt indes noch an einer methodisch überzeugenden Umsetzung für empirische Studien.
- Es liegen überzeugende Studien vor, die die Kontinuität der Außenpolitik einzelner Staaten erklären helfen. Studien zum Wandel leiden jedoch i.d.R. darunter, dass eine Konzeptualisierung des ‚causal pathway‘ von der konstruktivistischen Variable zum außenpolitischen Verhalten schwer fällt. In einigen Ansätzen wird demzufolge auf den Zusammenhang ganz verzichtet (Jachtenfuchs 1999).
- Für die Untersuchung der Konstruktion (neuer) kollektiver Identitäten eignet sich die Europäische Union aufgrund ihrer besonderen Verfasstheit in hohem Maße. Nicht zuletzt die Entwicklung in Richtung einer „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ hat unterstrichen, dass die Suche nach einer gemeinsamen europäischen Identität mit der weiteren Entwicklung der Europäischen Union hin zu einem nach außen handlungsfähigen Akteur eng verknüpft ist.<sup>3</sup> Gleichwohl bleiben Identitätsstudien auf europäischer Ebene die Ausnahme – etwa Whitman 1998 – was

---

<sup>1</sup> Vgl. auch (Weller 1999; Weller 2000).

<sup>2</sup> Alexander Wendt z.B. hat intensiv die Prozesse der Konstruktion kollektiver Identitäten auf internationaler Ebene untersucht. Vgl. Wendt 1992; Wendt 1994; Wendt 1999. Vgl. auch Neumann 1995.

<sup>3</sup> Vgl. auch die Behandlung Österreichs durch die anderen EU-Mitgliedstaaten 1999/2000: Die Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ wurde in den anderen EU-Ländern als unvereinbar mit der gemeinsamen, auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten gegründeten europäischen Identität angesehen (vgl. die Diskussion in integration 2/00).

wohl der Nichtexistenz einer europäischen Öffentlichkeit bzw. eines diskursiven politischen Raumes geschuldet ist.<sup>4</sup>

- Die meisten Ansätze befassen sich entweder sehr allgemein mit den europapolitischen Vorstellungen im Sinne von Ordnungsmodellen (Jachtenfuchs; Diez und Jung 1996; Diez 1995; Jung 1999) oder zielen eher auf die wirtschaftliche Integration (Risse 1999; Guérot 1998; Schmidt 1997). Identitätsbezogene Studien zum Politikfeld Sicherheit behandeln das Thema ausschließlich im nationalen Rahmen, vorzugsweise in Bezug auf Deutschland (Berger 1998; Katzenstein 1997). Aktuelle Studien, die vergleichend arbeiten oder die europäische Ebene einbeziehen, haben demgegenüber Seltenheitswert (wie Prizel 1998; Sjursen 2001; Hansen und Waever 2002).

Bislang vorliegende Identitätsstudien haben sich einer Vielzahl teilweise sehr verschiedener Ansätze bedient. Eine erste grundsätzliche Unterscheidung kann danach vorgenommen werden, ob „Identität“ eher als unabhängige, also erklärende Variable oder vielmehr als abhängige Variable konzeptualisiert wird, die es zu erklären gilt. Diese Grundfrage hat zu einigen Debatten im konstruktivistischen „Lager“ der Internationalen Beziehungen geführt, schon weil die Konzeptualisierung von Forschungsfragen mithilfe der Unterscheidung zwischen unabhängigen und abhängigen Variablen eindeutig der positivistischen Wissenschaftstradition verpflichtet ist. Einige Autoren haben – ausgehend von der allgemeinen konstruktivistischen Skepsis gegenüber solchem *“variable talk”* und der Möglichkeit des „Erklärens“ politischer Phänomene mithilfe positivistischer Epistemologien – die Unterscheidung zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen in ihren Forschungsansätzen ganz abgelehnt (Diez 1998). Sie lassen sich als *“thick constructivists”* (Harnisch 2002) oder Postmodernisten klassifizieren. Faktisch liegt die Attraktivität des Konzeptes „Identität“ für konstruktivistische Ansätze nicht zuletzt darin begründet, dass es sich gleichzeitig als Quelle (wenn auch nicht zwangsläufig direkt als „Ursache“) als auch als Produkt internationaler Interaktion verstehen lässt und mithin der konstruktivistischen Grundannahme der wechselseitigen Konstituierung von Akteuren und Strukturen entspricht. Nichtsdestoweniger haben die bislang vorgelegten Identitätsstudien durchweg zwei verschiedene Richtungen eingeschlagen. Eine erste besteht darin, die Auswirkungen existierender Identitätskonstruktionen auf Politikverhalten zu analysieren (z.B. Risse 2001; Marcussen et al. 1999; Jachtenfuchs 1999; Jachtenfuchs; Diez und Jung 1996). Die andere hingegen befasst sich – vor allem in der Folge der Arbeiten Alexander Wendts (1992, 1994, 1999) – mit den

---

<sup>4</sup> Gleichwohl wird eine „Europäisierung der außenpolitischen Debatten“ vielerorts angemahnt, um die Legitimationsgrundlage gemeinsamen Handelns zu verbessern (Messner 2001: 37).

Prozessen der Konstruktionen von Identität und ihres Wandels über Zeit (z.B. Bach 1999; Berger 1996; Berger 1998; Katzenstein 1996).

Die erstgenannte Kategorie identitätsorientierter Ansätze weist insbesondere zwei Probleme auf. Das erste ist konzeptioneller, das zweite definitorischer bzw. operativer Art. Das konzeptionelle Problem des ersten Ansatzes besteht darin, dass Identität ungeachtet ihres "problematischen" Charakters – es handelt sich ja um ein Produkt sozialer Konstruktion – letztlich als gegeben behandelt wird, wie dies in traditionellen Ansätzen auch für das Konzept der "Interessen" gilt.<sup>5</sup> Studien, die diesen Weg beschreiten, ignorieren daher zumeist die einer spezifischen Ausprägung von Identität zugrundeliegenden sozialen Konstruktionsprozesse und deren Auswirkungen auf den Inhalt und die Stabilität einer spezifischen Identitätskonstruktion über Zeit. Dies führt direkt zum definitorischen bzw. operativen Problem, denn Identität wird oft nicht nur unklar bzw. "*undisciplined*" (Abdelal; Herrera et al. 2001: 6) definiert, sondern wird einfach mit anderen Konzepten gleichgesetzt, die sich analytisch einfacher handhaben lassen. So beansprucht z.B. das Projekt um Thomas Risse über die französischen, deutschen und britischen "Europa"-Konstruktionen und ihres Verhältnisses zu den jeweiligen Konstruktionen nationaler Identität zwar, das Potential verschiedener Identitätskonstruktionen für die Erklärung von Unterschieden im jeweiligen Politikverhalten zu analysieren. Doch gründet seine Analyse empirisch auf der Ermittlung der jeweiligen Eliteneinstellungen gegenüber „Europa“ in diesen Ländern, setzt diese also letztlich mit den Identitätskonstruktionen der jeweiligen national verfassten Gesellschaften gleich (Risse 1998; Risse 2001; Marcussen et al. 1999).

Die zweite Kategorie identitätsbezogener Studien, also jene, die Identität als abhängige Variable behandeln, ist vor allem den Arbeiten von Alexander Wendt verpflichtet (insbes. Wendt 1999). Da Wendt sich vor allem für die Konstruktion kollektiver Identitäten oberhalb der Einzelstaaten interessiert, sucht er eine "soziale" Theorie der internationalen Politik zu erarbeiten, die es ermöglichen soll zu erklären, wie und warum spezifische Konstruktionen solcher überstaatlicher kollektiver Identität entstehen. Auch sein Ansatz ist jedoch in verschiedener Hinsicht auf Kritik gestoßen. So hat Maja Zehfuss in einem kürzlich erschienenen Artikel auf zwei große Probleme des Wendt'schen Theorieansatzes hingewiesen

---

<sup>5</sup> Dies gilt in einem gewissen Maße für das Mannheimer Forschungsteam, die Idealtypen von Verfassungsideen erstellen, in die 'Identität' inbegriffen ist. Letztere fungiert dann als unabhängige Variable, die die national unterschiedlichen Aufladungen von "Europa" erklären hilft, nicht aber deren spezifischen Inhalt offen legt, vgl. (Jachtenfuchs; Diez und Jung 1996; Jachtenfuchs 1999; Jung 1999).

(Zehfuss 2001). Das erste Problem betrifft Wendts Konzeptualisierung von Identität als etwas relativ Stabiles, das aber gleichzeitig Veränderungen unterworfen ist. Zehfuss hält diese Konzeptualisierung für widersprüchlich, denn

*“Wendt needs identity to be constructed but at the same time in some ways given. The necessary givenness can only be upheld by excluding dimensions of constructedness from view.”* (Zehfuss 2001: 317).

Der zweite Kritikpunkt Zehfuss' bezieht sich auf Wendts anthropomorphe Behandlung der Staaten, die er als Identitätsträger ansieht. Auch wenn diese Sichtweise zunächst einleuchtend erscheint, da es Wendt ja um die Entwicklung überstaatlicher Identitäten und nicht um Gemeinsamkeiten und Unterschiede nationaler Identitätskonstruktionen geht, ignoriert sie doch die Komplexität jeder kollektiven Identitätskonstruktion – ob national, regional oder gar global. Laut Zehfuss und anderen Kritikern ist die Konstruktion kollektiver Identitäten letztlich immer ein Produkt menschlicher Kommunikation und Interaktion, also v.a. der Sprache. Zahlreiche Konstruktivisten haben daher die Bedeutung von Diskursanalysen für die Analyse von Identität und ihrem Einfluss auf (Außen)Politik hervorgehoben (z.B. Waever 2002; Zehfuss 2001).

### **Empirische Analysen von Identität durch Diskursanalyse**

Die Diskursanalyse gilt als weithin akzeptierte Methode, um ‚Identität‘ zu untersuchen. Sie ist als Instrument etabliert und erprobt (Milliken 1999; Larsen 1997; Waever 1998), als schwierig erweist sich dabei allerdings die auch komparativ tragfähige Kriterienbildung im Detail.

Ein brauchbarer Ansatz zur Erforschung von Identität mithilfe der Diskursanalyse – der unserem mit Abstand am nächsten kommt – ist von der so genannten “Kopenhagener Schule” um Ole Waever vorgelegt worden (Hansen und Waever 2002). Waever selbst geht dabei sogar so weit, die Diskursanalyse selbst als Theorie anzusehen, die die Erklärung außenpolitischen Verhaltens ermöglicht (Waever 2002). Dieser Anspruch erscheint jedoch problematisch. Lene Hansen stellt zu Recht fest, dass die Diskursanalyse sich im Zusammenhang mit Identitätskonstruktionen eher mit den Rechtfertigungen als mit den “Ursachen” bestimmter außenpolitischer Verhaltensweisen befasst (Hansen 2002: 8).

Nichtsdestoweniger erweist sich die Diskursanalyse als brauchbares Instrument für die analytische Erschließung und Identifikation dominanter Identitätskonstruktionen wie auch dafür, den Zusammenhang zwischen Identität und Außenpolitik zumindest zu plausibilisieren. In der Konzeptualisierung der "Kopenhagener Schule" stellt Identität den „*deepest discursive layer*“ dar, auf den argumentative Legitimierungen außenpolitischen Verhaltens gründen. Identität "verursacht" demzufolge außenpolitisches Verhalten nicht im traditionellen wissenschaftlichen Sinne; vielmehr hat sie einen „konstitutiven“ Effekt im Wendt'schen Sinne, da sie einen Referenzrahmen für außenpolitische Diskurse verkörpert und gewissermaßen „Ressourcen“ für die Legitimierung von Außenpolitik bereit hält.

Die Diskursanalyse erfüllt im Hinblick auf die Erforschung des Zusammenhangs zwischen Identität und Außenpolitik also zwei Funktionen. Erstens stellt sie ein notwendiges Werkzeug für die Ermittlung des spezifischen Inhaltes von Identitätskonstruktionen im Sinne der Unterscheidung zwischen dem "selbst" und dem "anderen" und der Konstruktion ihrer Beziehung zueinander, den daraus resultierenden Werthaltungen und Verhaltensdispositionen eines kollektiven Akteurs dar, dessen Mitglieder sich mit der jeweiligen kollektiven Identitätskonstruktion identifizieren. Da deduktive Operationalisierungen von Identität kaum möglich erscheinen, ist eine induktiv gewonnene inhaltliche Erschließung des spezifischen Inhaltes bestimmter Identitätskonstruktionen mithilfe der Diskursanalyse ein notwendiger erster Schritt für die Analyse des Zusammenhangs zwischen Identität und Außenpolitik. Bei Hansen/Waever scheint die unterste Diskursschicht jedoch in historischer Perspektive offen, so dass die Autoren der Einzelstudien sich gezwungen sehen, z.T. sehr weit zurück zu gehen, um die ‚Identität‘ inhaltlich zu bestimmen. Zudem fallen die Autoren bei der inhaltlichen Bestimmung teilweise auf holzschnittartige Taxonomien (Staatenbund-Bundesstaat) zurück, die den spezifischen Nationalstaatsgenesen nur teilweise gerecht zu werden vermögen.

Zum zweiten kann eine fallspezifische Diskursanalyse genau die Verbindung zwischen Identität und Außenpolitik erhellen. Die Diskursanalyse kann zeigen, welche Argumentationen, die sich auf bestimmte Interpretationen von Identitätselementen beziehen, letzten Endes im legitimatorischen Diskurs erfolgreich waren.

Es besteht weitgehende Übereinstimmung darüber, dass sowohl Individuen als auch Kollektivitäten nicht nur eine, sondern vielfältige Identitäten aufweisen. Wir fokussieren hier jedoch auf "nationale Identität", also einen speziellen Typ kollektiver Identität, die ihrem

Wesen nach politisch ist. Sie umfasst, wie Waeber (2002: 33-37) erläutert, die *“basic conceptual constellation of state and nation”*. Es kann daher postuliert werden, dass eine Nation letztlich nur eine *“nationale”* Identität aufweist, die allerdings eine Vielzahl verschiedener Facetten hat, die wir im Folgenden als Identitätselemente bezeichnen. Obwohl jedoch nationale Identität vor allem ein politisches Konzept ist, sind nicht alle ihrer Elemente notwendigerweise relevant in allen politischen Kontexten und Sachbereichen. Die Identifikation von Identitätselementen kann demzufolge je nach der Auswahl der historischen Diskurse, deren man sich hierfür bedient, variieren.

Auch wenn wir postulieren, dass eine Nation letztlich nur eine *“nationale”* Identität aufweist, heißt dies nicht, dass sie nicht weitere kollektive Identitäten zusätzlich zu ihrer *“nationalen”* Identität annehmen kann. Thomas Risse hat dies exemplarisch im Kontext der *“Europäisierung“* der nationalen Identitäten von EU-Mitgliedstaaten gezeigt (Risse 2001; Marcussen et al. 1999). Eine Nation hört demzufolge nicht auf, als solche zu existieren, wenn sie sich gleichzeitig mit einem größeren kollektiven Ganzen, nämlich *“Europa”*, identifiziert. Eher kann man sich, wie Risse vorschlägt, die Interrelation zwischen nationaler und europäischer Identität wie einen Marmorkuchen vorstellen, dessen einzelne Schichten zwar weiterhin unterscheidbar sind, sich aber doch ergänzen und einander durchdringen. Dasselbe gilt auch für andere kollektive Identitäten oberhalb der nationalen Ebene, beispielsweise die westliche Allianz oder – im globalen Maßstab – die internationale Gemeinschaft. Dieser Punkt ist wichtig in zweierlei Hinsicht. Erstens zeigt er, dass es sich bei dem *“identity game”* nicht um ein Nullsummenspiel handelt. Die Identifikation mit einer kollektiven Identität muss nicht notwendigerweise jene mit einer anderen schmälern. Eher kann die Kombination verschiedener *“Schichten”* kollektiver Identität bei der Unterscheidung verschiedener Typen von Identitätselementen helfen. So können Identitätselemente, die die Einzigartigkeit des *„Selbst“* und seine Verschiedenheit von anderen Identitätsträgern betonen – Wendt (1999: 225) nennt diese personale Identität oder *„corporate identity“* – von solchen unterschieden werden, die die Zugehörigkeit zu einem größeren, supra- oder sogar internationalen Identität hervorheben. Letztere entsprechen eher Wendts (1999: 275f.) Konzept der *“type identity”*.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> In Wends Konzeptionalisierung einer *“role identity”* bezieht er sich auf beide Formen von Identitätselementen, (Wendt 1999: 277). *“Role identities”* bezeichnen dabei *“the external identities (roles) which collective actors acquire in interaction within a larger collectivity”*. Sie unterhalten und perpetuieren das *‘Wir-Gefühl’* des kollektiven Akteurs, das mit sozialer Bedeutung und Bestimmungszweck aufgeladen wird und so die Andersartigkeit des *‘wir’* betont. Gleichzeitig jedoch kann das Rollenverhalten innerhalb einer größeren Gemeinschaft wiederum dazu beitragen, ein neues, gemeinsames *‘wir’* zu schaffen.

Bevor wir uns nun der induktiven Analyse der spezifischen Inhalte der jeweiligen nationalen Identitätskonstruktionen der EU-Mitgliedsstaaten zuwenden, die wir für unsere Untersuchung ausgewählt haben, muss noch kurz auf die Frage von Stabilität und Wandel nationaler Identitäten eingegangen werden. Denn die Annahme, dass kollektive und insbesondere nationale Identitäten über Zeit relative Stabilität aufweisen, kann ja nicht heißen, dass sie sich überhaupt nicht wandeln. Dies führt zu der Frage, wie wir Identitätswandel feststellen können. Diese Frage hat einige Debatten hervorgerufen: Während einige Kritiker des gegenwärtigen Trends zu identitätsbezogenen Studien in den Internationalen Beziehungen und der Außenpolitikforschung die Annahme gleichzeitiger relativer Stabilität und Wandelbarkeit von Identität als solche für problematisch halten (z.B. Zehfuss 2001), haben andere eine Konzeptualisierung von Identitätswandel eingefordert, die diesen nicht einfach aus beobachtbarem Verhaltenswandel folgert. Leider sind sie aber selbst einen konkreten Hinweis darauf schuldig geblieben, wie eine solche Konzeptualisierung aussehen und wie man Identitätswandel „messen“ soll (z.B. Risse 1999). Wir sind aber zuversichtlich, dass unsere Konzeptualisierung nationaler Identitätskonstruktionen als eine Verbindung verschiedener Identitätselemente, die durch die Analyse identitätsbezogener Diskurse und Argumentationen identifiziert werden können, uns der Lösung dieses Problems ein ganzes Stück näher bringt.

### Das Verständnis von Identität

Wie im vorigen Teil ausgeführt, mangelt es bislang noch weitgehend an zentralen konzeptionellen Klärungen, was die Relevanz von identitätsbezogenen Ansätzen in den Internationalen Beziehungen und der Außenpolitikforschung behindert. Im Folgenden versuchen wir, einige dieser aus unserer Sicht notwendigen Klärungen zu erarbeiten, um so einer analytisch gehaltvollen Anwendung des Identitätskonzeptes in der Außenpolitikanalyse den Weg zu ebnen.

Das Verständnis nationaler Identität, das wir unserem Forschungsdesign zugrunde legen, ist insofern ein konstruktivistisches, als es von der diskursiven Konstruktion nationaler Identität ausgeht und diese nicht einfach als gesetzt annimmt.<sup>7</sup> Wir folgen also Lepsius in unserem Verständnis, dass Nation nicht eine quasi-natürliche kollektive Einheit darstellt,<sup>8</sup> sondern „eine gedachte Ordnung, eine kulturell definierte Vorstellung, die eine Kollektivität von Menschen als eine Einheit bestimmt“ (Lepsius 1990: 232).<sup>9</sup> Diese Einheit wirkt nach außen wie „a social construction of boundaries“ (Zolner 1998: 171).

Zugleich grenzen wir unser Identitätsverständnis von jenem Alexander Wendts ab, der – wie im vorigen Abschnitt ausgeführt – die Formierung nationaler Identität wesentlich als Produkt von Kommunikation und Interaktion zwischen den (National)Staaten – also von Prozessen auf der Ebene des internationalen Systems – ansieht (Wendt 1994). Dies hat seine Ursache darin, dass wir nicht wie Wendt die Tendenzen und Chancen der Herausbildung einer kollektiven Identität auf der Ebene des internationalen Systems als Ganzem analysieren, sondern umgekehrt die Unterschiede im außenpolitischen Verhalten verschiedener EU-Mitgliedstaaten unter Rückgriff auf deren jeweils spezifische soziale Konstruktionen nationaler Identität verständlich machen wollen. Daraus folgt, dass für uns die Konstruktion kollektiver Identität innerhalb der national verfassten Gesellschaften im Vordergrund steht. Des Weiteren lehnen wir die für Wendts Identitätsverständnis kennzeichnende Anthropologisierung des Staates – also die analoge Behandlung menschlicher Individuen einerseits und Staaten andererseits als

---

<sup>7</sup> Auch wenn „[d]ie diskursive Konstruktion nationaler Identität [...] offenbar des Rohmaterials [bedarf], welches sich zur Konstruktion nationaler Identität interpretativ aufbereiten lässt“ (Weller 1999: 261).

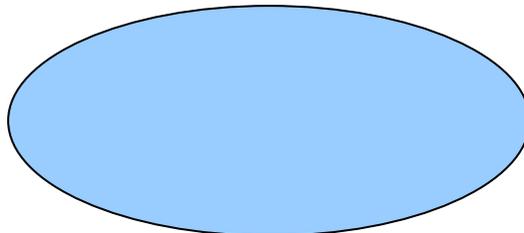
<sup>8</sup> Wie z. B. in primordialistischen Nationskonzepten, die gemeinsame Abstammung oder gemeinsames „Blut“ betonen, vgl. hierzu (Cruz 2000: 279).

<sup>9</sup> Vgl. auch Andersons Definition von Nationen als „*imagined communities*“ (Anderson 1991: 6).

Träger von Identität – ab und folgen damit der zuvor vorgestellten Kritik von Zehfuss an Wendts Konzept.

Nationale Identität wird im Folgenden als eine relativ stabile soziale Konstruktion verstanden, die das Selbstverständnis einer national verfassten Gesellschaft zum Inhalt hat. Die Annahme einer relativen Stabilität der Konstruktion nationaler Identität darf aber nicht dahingehend verabsolutiert werden, dass nationale Identität unveränderlich sei. Denn die Herausbildung einer spezifischen Identität und ihre eventuelle inhaltliche Modifikation ist immer ein Produkt sozialer Interaktion und Kommunikation (Mead 1973: 222, 244f.; Preston 1997: 7).

Nationale Identität setzt sich unserem Verständnis nach aus aktiven und inaktiven Elementen zusammen. Das heißt, dass wir ‚Identität‘ nicht als einen konstanten Faktor vorstellen, sondern als polymorphe Ansammlung von Identitätselementen. Somit gehen wir davon aus, dass die nationale Identität einer Gesellschaft sich durch das gleichzeitige Aktivsein mehrerer Identitätselemente auszeichnet. Wir glauben nicht, dass wir alle Identitätselemente je ermitteln können, gleichwohl lässt sich die Zahl der für die Außenpolitik relevanten sehr wohl annähernd bestimmen (siehe Abschnitt 9). Wie im Abschnitt über den ‚Diskurs‘ auszuführen sein wird, kann ein Identitätselement quasi als ultimatives Argument verstanden werden, das einen Bezug zum Eigenen aufweist.<sup>10</sup>



---

<sup>10</sup> Für die empirischen Ausformungen von Identitätselementen vergleiche die Abbildungen zu den nationalen Identitäten der Mitgliedstaaten im folgenden Abschnitt.

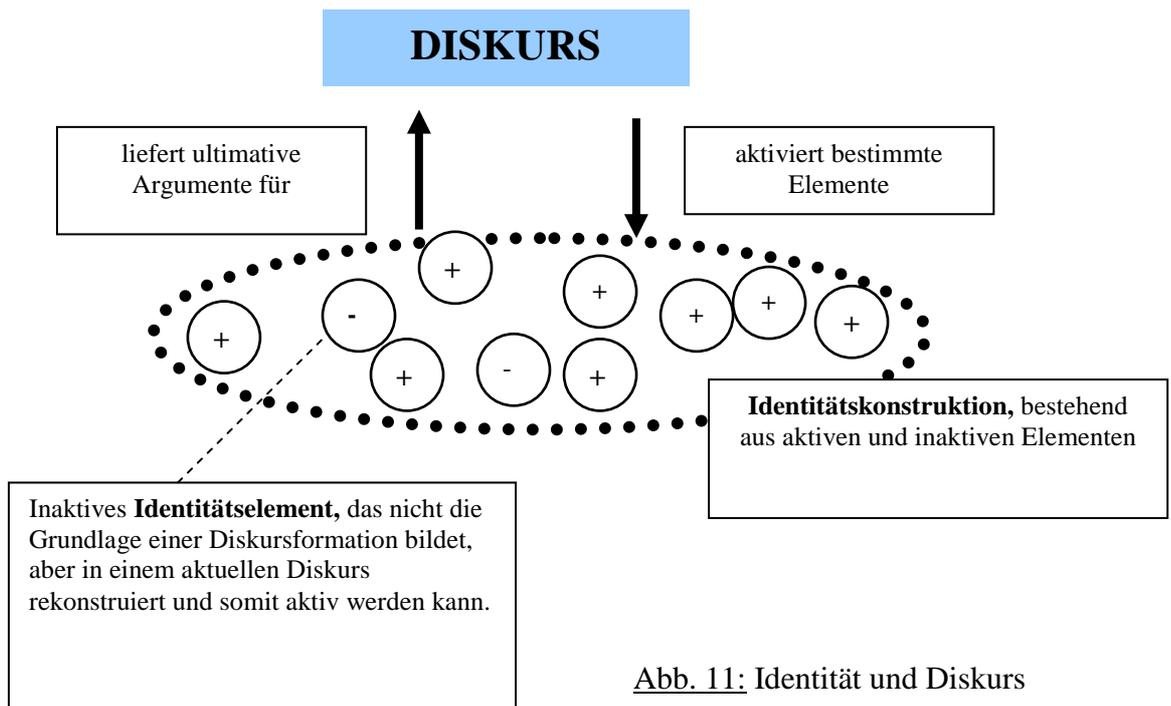


Abb. 11: Identität und Diskurs

Die Frage nach dem Wechselverhältnis zwischen nationaler Identität und außenpolitischem Verhalten kann also aus unserer Sicht nicht mit dem Postulat einer linearen kausalen Logik beantwortet werden. Beide beeinflussen sich vielmehr wechselseitig: Nationale Identität wird ihrerseits durch (außenpolitisches) Verhalten reproduziert, aber auch verändert oder sogar neu konstruiert, d.h. sie kann ihrerseits zur abhängigen Variable werden.

Dieser Umstand stellte für eine positivistische methodische Vorgehensweise ein nicht unerhebliches Problem dar, wie die folgende grafische Veranschaulichung zeigt:

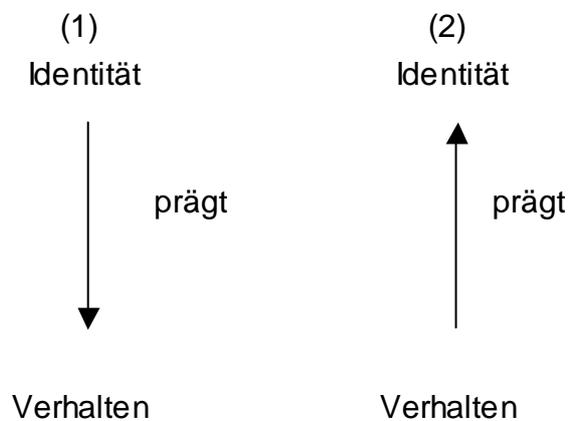


Abb. 12: Die Wechselwirkung von Identität und Verhalten

Aufgrund dieser Grundsatzproblematik haben wir uns entschlossen, Verhalten und Identität analytisch zu trennen. Danach stellt die nationale Identität lediglich einen Rahmen dar, innerhalb dessen ein Verhalten von allen Mitgliedern der Gesellschaft als angemessen akzeptiert wird. Dieser Rahmen ist allerdings sehr weit gefasst und erlaubt grundsätzlich verschiedene außenpolitische Handlungsweisen in einer Vielzahl unterschiedlicher Situationen. Verhalten erreicht Identität hingegen nur über den Umweg über die Diskurse – und umgekehrt (vgl. den Abschnitt „Diskurs und Verhalten“). Der Diskurs grenzt den durch die nationale Identität vorgegebenen Handlungsrahmen weiter ein, indem bestimmte Identitätselemente im Hinblick auf das konkrete Verhalten (re)konstruiert werden. „*Political discourse can be seen a domestic structural factor constraining foreign policy.*“ (Larsen 1999: 454). Unsere Prämisse ist, dass außenpolitisches Verhalten in einem demokratisch verfassten Staat letztlich in der Gesellschaft rückgebunden werden muss, also nach überwiegend geteilter sozialer Wahrnehmung im Einklang mit der nationalen Identität steht. Selbstverständlich können Regierungen den vorgegebenen Identitätsrahmen auch verlassen.

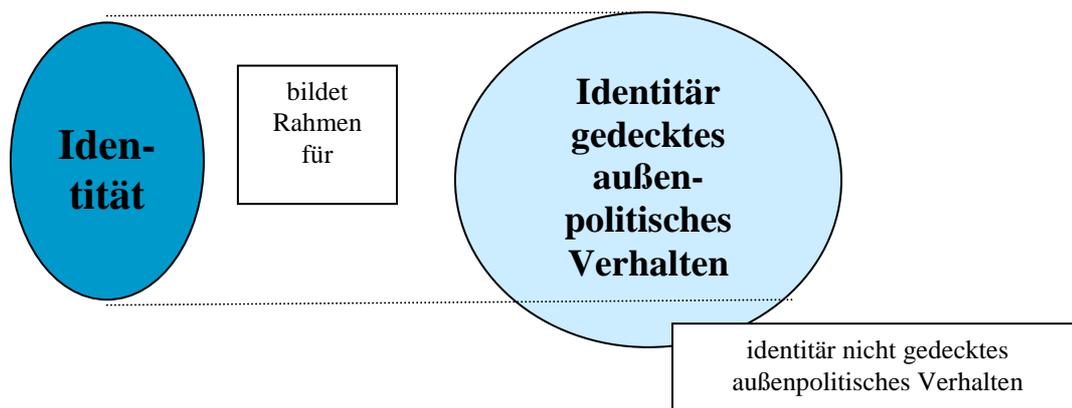


Abb. 13: Identität und außenpolitisches Verhalten

Wir nehmen indes an, dass eine solche Entscheidung aufgrund ihrer fehlenden identitären Rückbindung zu einer Befragung (*contest*) der Identität bzw. der außenpolitischen Entscheidung führen wird. In dem folgenden Diskurs geht es dann um eine Neuinterpretation der Identität und somit des als angemessen erachteten Verhaltensrahmens oder um die Rücknahme der außenpolitischen Handlung mit der Bestätigung der ‚alten‘ Identität.<sup>11</sup>

<sup>11</sup> Diese Annahme findet durch die in diesem Band vorgestellten empirischen Befunde Bestätigung. Als wohl einschlägigstes Beispiel für eine gescheiterte Neuinterpretation der Identität kann auf das dänische Maastricht-Referendum verwiesen werden. Eine aus Sicht der Regierung gelungene Neuinterpretation stellt die *out-of-area* Debatte in Deutschland dar. Vgl. die Beiträge von Anna Jóhannesdóttir sowie Christos Katsioulis und Jörg Nadoll in diesem Band.

Nationale Identität als kommunikativer Rahmen, innerhalb dessen verschiedene (aber eben nicht alle) Verhaltensoptionen möglich sind, verengt sich erst durch seine diskursive Rekonstruktion im Zusammenhang mit bestimmten außenpolitischen Problemstellungen und Handlungssituationen. Welche konkrete außenpolitische Verhaltensweise aus dieser Rekonstruktion resultiert bzw. legitimiert wird, hängt von den – theoretisch-deduktiv letztlich nicht bestimmbar – spezifischen Faktoren bestimmter Handlungssituationen und dem Verlauf des Diskurses ab, in welchem Identität kommunikativ rekonstruiert wird. Dabei wirkt nationale Identität aber, wie schon angemerkt, nicht als „Ursache“ von Verhalten im Sinne direkter und linearer Kausalität. Sie bietet vielmehr "Gründe" für verschiedene Verhaltensweisen und deren Rechtfertigung an. Identität ist somit im Sinne der Unterscheidung Alexander Wendts nicht „kausal“, sondern „konstitutiv“ (Wendt 1999: 76-88):

*„[...] causal and constitutive theories simply ask different questions. Causal theories ask ‘why’ and to some extent ‘how’? Constitutive theories ask ‘how-possible’ and ‘what’?!“*

(Wendt 1999: 77)

Fassen wir unser Verständnis von ‚nationaler Identität‘ zusammen:

- eine komplexe soziale Konstruktion, die aus aktiven und inaktiven Elementen besteht
- ein gemeinsames, sozial (re-)konstruiertes Verständnis einer gemeinsamen Geschichte
- ein gemeinsames Verständnis von Zugehörigkeit (*belonging*) zu einer Gruppe, einem Territorium oder/und einer Zivilisation oder Kultur
- gemeinsame Werte und Erwartungen über das außenpolitische Verhalten ‚ihres‘ Staates
- gemeinsame Institutionen
- die Betonung von vornehmlichen nationalen Charakteristika und Besonderheiten, die die eigene Nation von anderen unterscheiden helfen (die soziale Konstruktion von Grenzen und Unterschieden)

Wie ausgeführt, gehen wir von einer losen Beziehung zwischen außenpolitischem Verhalten und Identität aus. Das entscheidende Bindeglied zwischen beiden, das uns zudem zu verstehen hilft, wie außenpolitischer Wandel generiert und legitimiert werden kann, ist der Diskurs.

## Die Bedeutung außenpolitischer Diskurse

### Diskursstruktur und Diskurshegemonie

Der Diskurs ist das Medium, durch das Identität in einer konkreten Situation mit Bedeutung versehen wird. Wir folgen damit Westlind, der ausführt: „(..) *discourse makes one type of identity (..) not only possible but also seemingly natural and acceptable, while attempting to make impossible, unnatural or unacceptable other types of identity*“ (Westlind 1996: 116). Durch den Diskurs zeigt sich, welche Identitätselemente ‚aktiv‘ im Sinne ihrer Nutzung als Referenz zur Legitimation von Verhalten und welche ‚inaktiv‘ sind. Welche Verhaltensweise sich als dauerhaft legitim angesehen durchsetzt, ergibt sich erst in identitätsbezogenen innergesellschaftlichen Diskursen, in welchen auf verschiedene Identitätselemente Bezug genommen werden kann. Nationale Identität bildet somit den kommunikativ zu aktivierenden Referenzrahmen für diese Diskurse (Cruz 2000: 277).

Der **Begriff Diskurs** wird hier verstanden als eine kommunikative Interaktion, in der versucht wird, Identitätselemente und Handlungspräferenzen argumentativ im Wege einer (gedachten) Kausalkette entsprechend der gesellschaftlich akzeptierten Angemessenheitslogik<sup>12</sup> – die auf der nationalen Identität beruht – miteinander zu verbinden. Politische Diskurse<sup>13</sup> erfüllen in demokratischen Gesellschaften verschiedene Funktionen und weisen folgende Eigenschaften auf: Sie

- formen politische Diskussionen,
- erklären politische Ereignisse,
- rechtfertigen politische Handlungen,
- schaffen einen ‚*common sense*‘, ein Grundverständnis, das von weiten Teilen der Bevölkerung geteilt wird,
- schränken einerseits einen möglichen Widerstand der Gesellschaft gegen ein bestimmtes Staatshandeln ein und setzen andererseits dem Staatshandeln selbst enge Grenzen,
- (re-)interpretieren historische Erinnerungen und

---

<sup>12</sup> Die Angemessenheitslogik besagt, dass „*behaviors (beliefs as well as actions) are intentional but not wilful. They involve fulfilling the obligations of a role in a situation, and so of trying to determine the imperatives of holding a position. (...) Within a logic of appropriateness, a sane person is one who is, in touch with identity’ in the sense of maintaining consistency between behavior and a conception of self in a social role*“ (March und Olsen 1989: 160f.). Vgl. auch Finnemore 1996: 28-31.

<sup>13</sup> Diskurse umfassen in unserer Definition nur identitätsbezogene Argumentationen. Unter „*Debatte*“ wird demgegenüber allgemein die Kontroverse über ein bestimmtes Thema verstanden. Als Oberbegriff umfasst sie alle Äußerungen zu einem Thema. Debatten erstrecken sich zumeist über einen langen Zeitraum und können verschiedene Diskurse zu einem bestimmten Thema umfassen.

- (re-)konstruieren Identität.

Aufgrund des Regierungssystems und des institutionellen Gefüges, das u.a. den Verlauf vergangener Diskurse widerspiegelt, sind einige Personen und Gruppen wichtiger als andere. Zudem gibt es für bestimmte Themen vorgeschriebene ‚diskursive Pfade‘: So sehen manche Länderverfassungen vor, dass internationale Verträge durch das Parlament ratifiziert werden müssen oder gar ein Referendum notwendig wird. Den formalen Weg, den ein Diskurs in einer Gesellschaft nimmt, nennen wir **Diskursstruktur**. Die Diskursstrukturen in den untersuchten Staaten sind – obwohl es sich bei allen um gefestigte Demokratien handelt – relativ unterschiedlich.<sup>14</sup>

Diskurse können eine (begrenzte) Eigendynamik entwickeln; sie entstehen aber nicht aus sich selbst heraus. Die Einleitung und der Verlauf eines Diskurses wird wesentlich durch diejenigen Personen und Institutionen<sup>15</sup> beeinflusst, die aktiv und machtvoll an ihm teilnehmen (=,„**Diskursträger**“). Was die Initiierung eines Diskurses betrifft, folgen wir einem Verständnis, wie es die Kopenhagener Schule in Bezug auf die Sicherheitspolitik („*securitization*“) postuliert hat (Buzan 1998: 21-47). Zwischen Diskursträger, Diskurs und dessen strukturellem sowie inhaltlichem Kontext besteht ein „dialektisches Verhältnis“: Einerseits ist der Diskurs den Zwängen des Kontextes unterworfen, andererseits trägt er zur Gestaltung des Kontextes bei. Ebenso können die Diskursträger – je nach gesellschaftlicher Machtposition in unterschiedlichem Maße – auf den Diskursverlauf einwirken, werden dabei aber selbst durch aktuelle oder vergangene Diskurse hinsichtlich ihrer diesbezüglichen Möglichkeiten beeinflusst. Diskurse definieren diejenigen Subjekte, die autorisiert zum Sprechen sowie Handeln sind und damit auf die kommunikative Konstruktion von Bedeutungssystemen Einfluss nehmen können. Konkrete Ausprägung erfährt dieser Umstand z.B. bei Personen (wie z. B. Amtsträgern), die aufgrund der Verfassung eines Landes eine herausgehobene Stellung haben. Sie werden auch als „*privileged storyteller*“ (Milliken 1999: 236) bezeichnet. Diskurse laufen somit nicht herrschaftsfrei ab:

---

<sup>14</sup> Wir haben dies an anderer Stelle ausgeführt (Boekle; Nadoll und Stahl 2001: 16-19). Die Kenntnis der jeweiligen Diskursstrukturen erweist sich als zentral, will man über Fallstudien das Zusammenspiel von Verhalten, Diskurs und Identität zeigen. Die im Projekt bereits entstandenen Studien gehen nicht in diesen Band ein, sind jedoch von der PAFE-Homepage abrufbar (vgl. auch die Publikationsliste des Projekts am Ende des Bandes).

<sup>15</sup> Es wird hier einem weiten Institutionenverständnis gefolgt: Institutionen können genauso Akteur wie Struktur in einer politischen Debatte sein: So strukturieren die Urteile des Bundesverfassungsgerichts einen politischen Diskurs in Deutschland in gewisser Weise vor, indem sie die Machtverteilung gewisser Diskursträger vorbestimmen. Das Bundesverfassungsgericht wiederum kann als Akteur mit einem Urteilsspruch in den Diskurs eingreifen und ihn mitentscheiden, vgl. den Beitrag von Christos Katsioulis und Jörg Nadoll in diesem Band.

*„Keeping in mind that words, expressions, propositions, etc., change their meaning according to the positions held by those who use them, and the corollary logic of discourses as hegemony-seeking, it is not surprising that the government narrative strives to monopolize the meanings of the above terms.“*

(Bach 1999: 144)

Innerhalb eines Diskurses versuchen unterschiedliche Gruppen, die **Diskurshegemonie** zu erreichen, also sich mit ihrem identitätsbezogenen Argumentationsmuster durchzusetzen und ein dominantes Argumentationsmuster zu etablieren. Townson spricht in diesem Zusammenhang vom Erreichen der „linguistischen Dominanz“:<sup>16</sup>

Wesentlich bei dem Ringen um die linguistische (diskursive) Dominanz sind nach Townson drei Aspekte (Townson 1992: 25-33): „*naming*“ (Begriffsschaffung, -etablierung), also die Einführung und Etablierung neuer Begriffe in einen Diskurs, z.B. „Friedenstruppen“; „*referencing*“ (Referenzherstellung): Hierbei wird versucht, Verbindungen zu bereits existierenden Begriffen herzustellen, die positive Konnotationen aufweisen, aber ideologisch ungebunden sind (z.B. Moral, Verantwortung, etc.); und „*signifying*“ (Deutungsmonopol), also in einem spezifischen Diskurs behaupten können, als einziger die „wahre“ Bedeutung eines Wortes zu kennen. Wer innerhalb eines Diskurses in der Lage ist, diese drei Aspekte zu dominieren, erlangt die Kontrolle über die Bedeutungszuweisung von Worten (linguistische Dominanz) und damit über den Diskurs selbst (diskursive Dominanz oder „Diskurshegemonie“). Der somit entstandene dominante Diskurs stimmt am meisten mit allgemeinen Erfahrungen und anderen Indikatoren für „Wahrheit“ überein, ihn umgibt daher ein „Mantel der Normalität“. Ein Überzeugungsversuch ist erfolgversprechend, wenn es einem Diskurs-träger gelingt, seine Handlungsempfehlung argumentativ mit weithin bekannten Argumentationsmustern zu verknüpfen, und überdies auf ein aktives Identitätselement zurück zu greifen. Eine weitere, wenngleich riskantere Möglichkeit besteht darin, eine neue Argumentationskette aufzubauen und diese an ein anderes Identitätselement, oder gar an ein vormals inaktives ‚anzudocken‘.

---

<sup>16</sup> „Linguistic dominance means that a discourse has established a dominant perception of reality, a narrative in which the meanings of terms are defined by their relative space in the dominant story, (...).“ Townson 1992, zit. nach Hoffman und Knowles 1999: 15.

## Diskurs und Verhalten

Durch den innergesellschaftlichen Diskurs wird bestimmt, welches Verhalten in einer konkreten Situation von einer Gesellschaft als vertretbar erachtet wird. Hierbei gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder der Diskurs geht dem Verhalten voraus – steckt also den akzeptierbaren Verhaltensrahmen im konkreten Fall (bspw. durch ein Referendum) ab – oder er wird *post factum* geführt. Im zweiten Fall wirkt das vollzogene Verhalten und die daraus folgenden Ereignisse u.U. in starkem Maße auf den Diskurs ein. In beiden Fällen dienen die Diskurse der Legitimation eines beabsichtigten oder vollzogenen außenpolitischen Verhaltens. Da es sich bei allen Untersuchungsländern um pluralistische Demokratien handelt, ist davon auszugehen, dass keine der Regierungen zumindest längerfristig gegen den Willen ihrer Bevölkerung handeln kann, ohne sich öffentlichem Druck oder der Gefahr einer Abwahl ausgesetzt zu sehen.<sup>17</sup> Die Regierungen müssen daher bemüht sein, die notwendige Legitimation für ihre Handlungen einzuholen.

Im Rahmen dieses Projekts wird der Diskurs nicht als eigenständige Quelle für Außenpolitik angesehen (so etwa bei Larsen 1997: 21), denn die im Diskurs verwandten Argumentationsketten sind nach unserem Verständnis in der nationalen Identität verankert. Jedem Diskurs wohnt die Chance des Wandels inne. Vormalig inaktive Identitätselemente können reaktiviert und aktive mit neuen Bedeutungen, Begründungen und Handlungsempfehlungen ausgestattet werden. Ein Diskurs ist „offen“, solange verschiedene Diskursformationen miteinander konkurrieren. Wenn sich eine bestimmte Formation als dominant herauskristallisiert und schließlich zum allgemeinen Konsens – also zur allgemein akzeptierten Grundlage für eine bestimmte Handlung – wird, ist der aktuelle Diskurs geschlossen. Allerdings ist dies maximal ein mittelfristiger, nie ein endgültiger Zustand, denn: „*Discourse in a post-structuralist perspective is by definition never settled; it is always open for rearticulation.*“ (Waeber 1995: 255). Ist der Diskurs dem außenpolitischen Verhalten vorausgegangen, handeln die Entscheidungsträger gleichsam unter den Zwängen eines ‚identitären Mandats auf Zeit‘. Ändert die Regierung die Ausrichtung ihrer Außenpolitik, ohne dies diskursiv abzusichern, muss sie auf einen permissiven Konsens hoffen, da sie beständig Gefahr läuft, bei der nächsten Gelegenheit abgestraft zu werden.<sup>18</sup>

---

<sup>17</sup> Zweifellos sind die Handlungsspielräume europäischer Regierungen dabei sehr unterschiedlich. So genießt bspw. der französische Staatspräsident in Fragen der außen- und Sicherheitspolitik ganz andere Freiräume als die dänische Regierung. Vgl. Stahl 2001 und Jóhannesdóttir 2001.

<sup>18</sup> Selbstverständlich hat dies enorme Implikationen für das Verständnis von politischer Elite und Bevölkerung (vgl. Nadoll 2001: 8-10). Der sogenannte *elite-mass split* spielt in einigen Studien eine große Rolle, vgl. insbesondere die Beiträge von Ilka Leisenheimer über Italien im Zweiten Golfkrieg, von Henning Boekle über

Ein Identitätselement ist also im Hinblick auf eine bestimmte Außenpolitikhandlung grundsätzlich unbestimmt oder mit anderen Worten, es kann in verschiedener Weise argumentativ verwendet werden, so dass im Extremfall völlig verschiedene politische Handlungsempfehlungen im selben Element gründen können.<sup>19</sup> Es kann sich dabei auch um ein passives Element handeln, das im Verlauf des Diskurses rekonstruiert und vor dem Hintergrund der spezifischen Handlungsweise neu mit Bedeutung versehen und somit „aktiviert“ wird. Im Wege einer Diskursanalyse lässt sich demnach zeigen, welche Wertvorstellungen und Identitätselemente einer Gesellschaft zugrunde liegen und welche in bestimmten Kontexten von besonderer Bedeutung sind. Die Diskursanalyse kann zeigen, warum ein analysiertes System politische Optionen in der Weise strukturiert und limitiert, dass Entscheidungsträger nur ganz bestimmte Optionen vertretbar finden bzw. als vertretbar darstellen.

#### Diskursformationen

Ein identitätsgeprägtes, handlungsleitendes Argumentationsmuster, das von bestimmten Diskursträgern angeführt wird, nennen wir – in Anlehnung an Foucault – **Diskursformation**<sup>20</sup>. Diskursformationen spiegeln Grundelemente der Identitätskonstruktion einer Gesellschaft wider, die im Zuge vergangener Diskurse – hier verstanden als historische Abschnitte innerhalb einer Diskursformation – kommunikativ bestätigt worden und daher recht stabil sind. Insbesondere die durch beständige Rekonstruktion temporär verfestigten und relativ stabilen „Diskursformationen“ weisen dabei einen eher ‚strukturellen Charakter‘ auf. In ontologischer Hinsicht stellen Diskurse das Bindeglied zwischen Akteur und Struktur dar.

In Abgrenzung zu einer Diskursformation zeichnet sich ein Identitätsmerkmal dadurch aus, dass ein Bezug zum eigenen Land hergestellt wird, der nicht weiter begründet wird, sondern als ‚konsensualer Ausgangspunkt‘ eines oder mehrerer Argumentationsmuster fungiert (‚das ultimative Argument‘). Die Logik der Identifikation von Identitätselementen mithilfe der

---

die Dekolonisation Indonesiens sowie Anna Jóhannesdóttir zum dänischen Maastricht-Referendum in diesem Band.

<sup>19</sup> Wie wir an späterer Stelle zeigen werden, kann bspw. mit dem Rekurrenzen auf die ‚deutsche Verantwortung‘ sowohl ein Beiseitestehen als auch ein militärisches Eingreifen gerechtfertigt werden, vgl. den Beitrag über die *out-of-area*-Debatte in Deutschland in diesem Band.

<sup>20</sup> Michel Foucault führte in seinen Untersuchungen von Reden das Konzept der Diskursformation ein: „(...) whenever between objects, types of statement, concepts, or thematic choices, one can define a regularity (an order, correlations, positions and functionings, transformations), we will say, for the sake of convenience, that we are dealing with a discursive formation (...)“ (Foucault 1989: 38). Larsen griff das Konzept für die IB auf. Er versteht es als Makrokonzept, das einen strukturellen Rahmen für aktuelle Diskurse schafft (Larsen 1997: 16).

Analyse von Diskursformationen liegt somit darin, die argumentative Kette so lange zurück zu verfolgen, bis man auf jenes Element stößt, das selbst nicht argumentativ hergeleitet wird und somit am Anfang der argumentativen, gedachten Kausalkette steht. Die Diskursformationen verdichten und verästeln sich im Zeitablauf immer weiter, so dass je nach Politikfeld und aktuellem Bezug spezifischere Diskursformationen entstehen können.

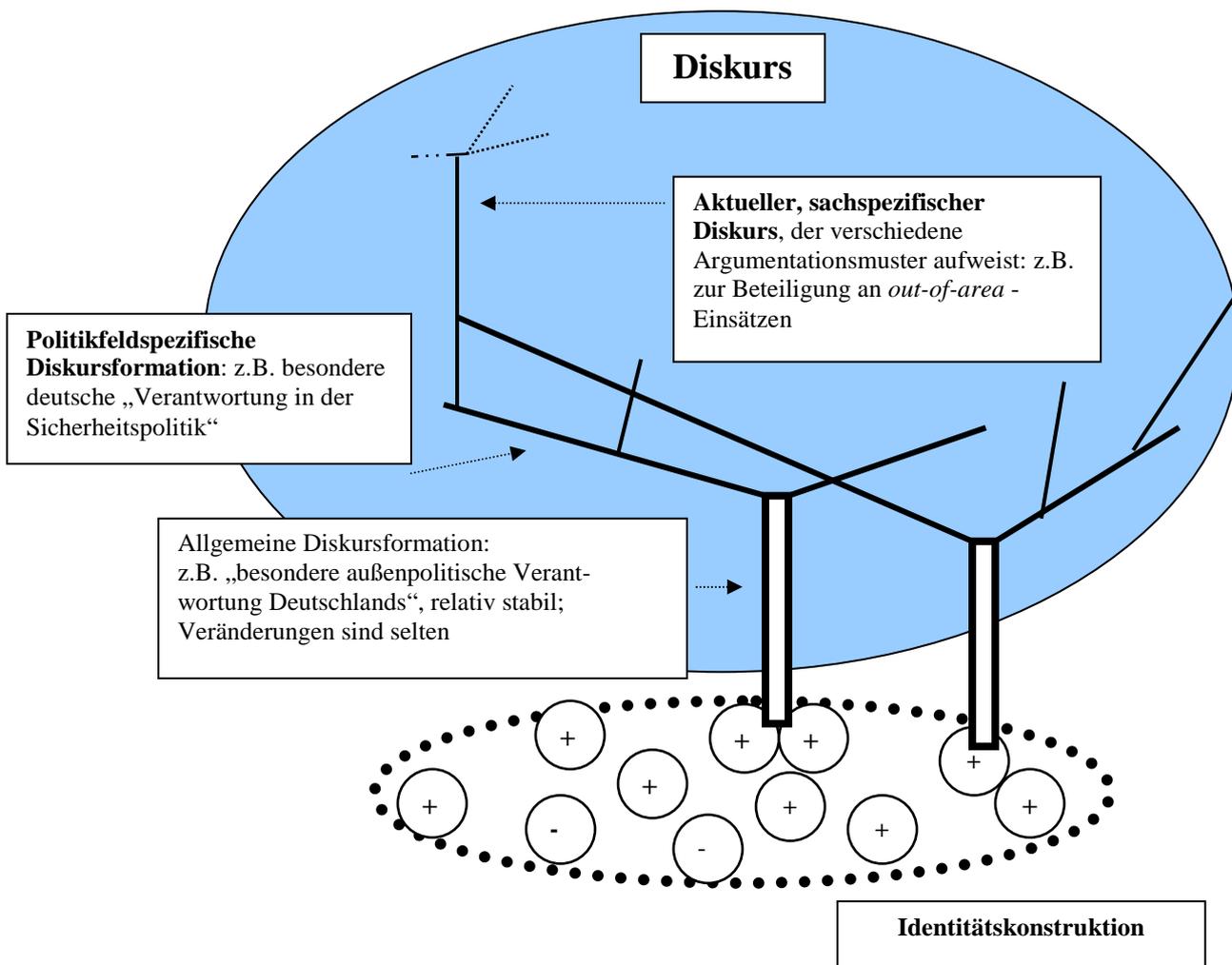


Abb. 14: Diskursformationen

Bevor wir zum konkreten Vorgehen in diesem Kapitel kommen, erscheint noch eine klärende Bemerkung zur Rolle externer Faktoren angebracht. Wichtig für den Verlauf eines Diskurses sind sogenannte „diskursive Ereignisse“, also Ereignisse, die zum Gegenstand eines breiten Diskurses werden. Die Zerstörung des World Trade Centers oder die Ankündigung der amerikanischen Administration, den Irak als Bedrohung zu begreifen, erlangen erst durch den über sie entfaltenen Diskurs gesellschaftliche Bedeutung und werden dadurch zur sozialen

Realität. Ereignis und diskursives Ereignis müssen einander an Umfang und Bedeutung keineswegs entsprechen: Wird ein Reaktorunfall verschwiegen, wird er nicht zu einem diskursiven Ereignis, auch wenn er noch so viele Menschenleben fordert (Jäger 1993: 157). In den Diskursen spiegelt sich somit nicht einfach die objektive Wirklichkeit wider, sondern die soziale Interpretation von ‚Realität‘ (Milliken 1999: 236). Wenn ein reales Ereignis zu einem diskursiven Ereignis wird, verstehen wir es als „formativ“, insoweit es in einem gesellschaftlichen Diskurs mit Bezug auf konkrete Identitätselemente thematisiert wird. Für externe Ereignisse jeder Form – sei es institutioneller Druck, das Verhalten anderer Staaten oder deren Erwartungen – gilt demnach, dass sie zum einen nur insoweit gesellschaftlich Wirkung entfalten, wie sie im Diskurs thematisiert und argumentativ verwendet werden. Zum anderen bedeutet dies auch, dass die Wirkungsrichtung solcher „externer Faktoren“ unbestimmt bleibt. Um ein eingängiges zeithistorisches Beispiel zu bemühen (Prizel 1998: 34f.): Das Verhalten der Supermächte in der Suez-Krise 1956 zeitigte für Frankreich und das Vereinigte Königreich völlig unterschiedliche außenpolitische Schlussfolgerungen. Während Großbritannien zu dem Ergebnis kam, dass eine Anlehnung an die USA geboten erschien, setzte Frankreich auf eine unabhängige Abschreckungsstrategie und pflegte die Distanz zu den Vereinigten Staaten.

Im Folgenden werden die obigen Ausführungen zum Diskursverständnis zusammengefasst, indem die Grundbegriffe der Diskursanalyse stichwortartig aufgeführt werden.

#### Grundbegriffe der Diskursanalyse

##### **Identitätselement:**

Teil der nationalen Identitätskonstruktion, der das Eigene mit einer herausragenden Eigenschaft belegt oder es in Beziehung zum ‚Anderen‘ setzt. Aktivierte Identitätselemente bilden den Ursprung bzw. Abschluss einer Argumentationskette, der nicht weiter begründet werden muss.

##### **Argumentationsmuster:**

Inhaltlich konstante, identitätsbezogene Art und Weise, auf die ein Thema in einem aktuellen Diskurs behandelt wird.

##### **Diskursformation:**

Identitätsgeprägtes, handlungsleitendes Argumentationsmuster. Diskursformationen spiegeln Grundelemente der Identitätskonstruktion einer Gesellschaft wider, die im Zuge vergangener Diskurse – hier verstanden als historische Abschnitte innerhalb einer Diskursformation – kommunikativ bestätigt worden und daher recht stabil sind. Der Begriff Diskursformation bezeichnet in methodisch-theoretischer Hinsicht eine weitergehende Operationalisierung von Identität.

### **Diskursträger:**

Wichtige Teilnehmer am Diskurs, die aufgrund der Verfassung, ihrer Funktion oder ihrer gesellschaftlichen Stellung eine größere Überzeugungschance haben als andere Mitglieder der Gesellschaft.

### **Diskursstruktur:**

Formaler Weg (Struktur), den ein Diskurs in einer Gesellschaft nimmt, d.h. beteiligte Personen, Gruppen und Institutionen. Die Struktur wird sowohl durch die eigentlichen Träger des Diskurses – also diejenigen Personen oder Institutionen, die aktiv auf den Diskurs Einfluss nehmen und durch ihre Argumentation bzw. ihr Wirken die (Re)Konstruktion der Identität beeinflussen – als auch durch sonstige Beteiligte gebildet.

### **Das weitere Vorgehen**

Der vorliegende Band vermag – aufgrund des Anspruchs, sechs Länder in die Untersuchung einzubeziehen - nur die erste Hälfte des oben vorgestellten Untersuchungsdesigns mit empirischem Leben zu füllen. Im vorangegangenen Kapitel wurden typische Verhaltensmuster der Außenpolitik der untersuchten Mitgliedstaaten herausgearbeitet (Schritt 1 des Schaubilds auf der nächsten Seite). Da „Identität“ sich nicht, wie andere Konzepte der Internationalen Beziehungen, rein theoretisch-deduktiv bestimmen lässt, muss zuerst mithilfe der historischen Diskursanalyse selbst induktiv ermittelt werden, welche Elemente für die jeweils gesellschaftlich geteilte nationale Identitätskonstruktion maßgeblich sind. In einem zweiten Schritt werden also mit Hilfe von historischen Diskursanalysen wichtige Scheidewege der jeweiligen Außenpolitiken nach dem Zweiten Weltkrieg untersucht, um herauszuarbeiten, welche Identitätselemente in ihnen aktiviert wurden (2). Im Ergebnis entstehen die nationalen Identitäten der Mitgliedstaaten (3). Diese Arbeiten haben den

Charakter von Vorstudien, indem sie relevante Diskursträger, Argumentationsmuster und Textquellen ermitteln, die für später zu fertigende Fallstudien als ‚référentiel‘ dienen können.

Die Analyse konkreten außenpolitischen Verhaltens unter Zugrundelegung des Identitätsansatzes und der Analyse der jeweils einschlägigen außenpolitischen Diskurse kann erst der letzte Schritt einer Außenpolitikanalyse auf der Grundlage des Identitätsansatzes sein. Zwar liegt das methodische Rüstzeug bereits vor,<sup>21</sup> die Schritte 4-6 müssen gleichwohl einer späteren Publikation vorbehalten bleiben, in der es darum gehen wird, auf die Ergebnisse dieses Bandes aufzubauen und in Fallstudien die Aussagekraft des Ansatzes zu plausibilisieren.<sup>22</sup>

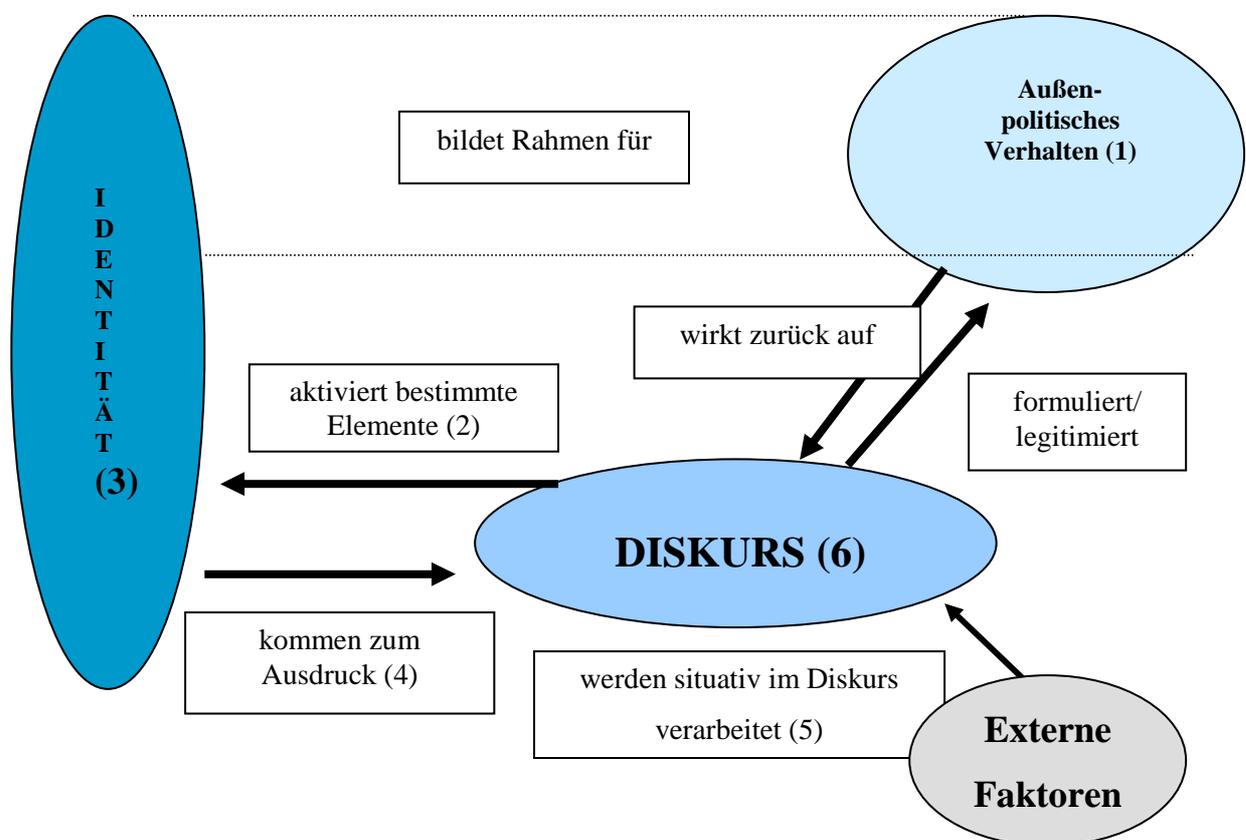


Abb. 15: Identität, Diskurs und außenpolitisches Verhalten

Der sich anschließenden Studien widmen sich also der Ermittlung nationaler Identitäten (2-3). Das Studium der allgemeinen Sekundärliteratur zur Außenpolitik allein erschien uns zum

<sup>21</sup> Vgl. zur methodischen Umsetzung der Diskursanalyse: Nadoll 2001: 19-24.

<sup>22</sup> Gedacht ist an Fallstudien zum Kosovokrieg sowie zur Uruguay-Runde des GATT. Bisher liegen drei abgeschlossene Fallstudien vor: Zu Deutschland in der Uruguay-Runde (Lütticken 2001), Frankreich im Kosovokrieg (Stahl 2002) sowie Griechenland im Kosovokrieg (Katsioulis 2002)

Zwecke der Identitätsermittlung nicht ausreichend. Folglich rekonstruierten wir – überwiegend aus der spezifischen Sekundärliteratur<sup>23</sup> – zwei historische außenpolitische Diskurse. Für die Auswahl galt es zu berücksichtigen, dass es sich im besten Fall um eine *critical juncture* der Außenpolitik eines Landes handeln sollte.<sup>24</sup> Ursprünglich hatten wir gehofft, dass wir Ereignisse finden würden, die in ähnlicher Weise wichtige Diskurse in den Ländern generiert hätten, so dass wir auch für diese Vorstudien gleiche Fälle hätten untersuchen können. Nach eingehender Diskussion mit den Länderexperten auf dem ersten *Advisory Board Meeting* vom 19.6-1.7.2000 mussten wir allerdings zu dem Schluss kommen, dass es keine derartigen Diskurse gibt. Dies ist an sich schon ein bemerkenswerter Befund, zeigt er doch, dass den konstatierten Idiosynkrasien in Bezug auf die Verhaltensmuster ebensolche im Hinblick auf diskursive Ereignisse entsprechen! Leider hat dies zur Konsequenz, dass ein strenger ‚strukturierter und fokussierter Vergleich‘, wie wir ihn im vorigen Kapitel anstellen konnten, in diesem nicht möglich ist, weil wir nicht gleiche Fälle untersuchen konnten. Ohnehin aber handelt es sich bei den folgenden Arbeiten um Vorstudien, die auch im Sinne der gewählten Methodik – wie Sekundärquellenanalyse – nur eingeschränkt Generalisierungen zulassen. Nichtsdestoweniger vermitteln die 18 historischen Diskurse a.u.S. einen nicht zu unterschätzenden empirischen Reichtum und bieten vielerlei Anknüpfungspunkte für die Außenpolitikforschung. Aus diesem Grund werden die historischen Diskurse mit Hilfe eines heuristischen Fragekatalogs untersucht und einige Auffälligkeiten herausgearbeitet (siehe 3.4).

Da wir davon ausgehen, dass Identität sehr stabil ist, sollten in diesen Diskursen bereits die wichtigsten Identitätselemente, die allgemeinen Diskursformationen sowie Diskursstruktur und -träger identifizierbar sein. Zwischen den Diskursen sollte eine gewisse Zeitspanne von im Idealfall mehr als 30 Jahren liegen. Diese Auswahl minimiert nicht nur die Zirkelschlussgefahr erheblich, sondern erlaubt zudem Aussagen über die Stabilität nationaler Identitätskonstruktionen. Ergänzend haben wir Expertenaussagen einbezogen, die zum einen auf den *Advisory Board Meetings* in mündlicher Form zum Tragen kamen, oder zum anderen in einen von uns entwickelten Fragebogen einfließen, der u.a. die Auswahl der historischen Diskurse spezifisch abfragte.<sup>25</sup>

---

<sup>23</sup> Nur für den griechischen Makedonien Diskurs sowie den italienischen NATO-Beitritt erwies sich die Literaturlage als nicht ausreichend, so dass hierfür zusätzlich Primärquellen herangezogen wurden.

<sup>24</sup> In der Regel gab die jeweilige Sekundärliteratur zur Außenpolitik des betreffenden Landes diesbezüglich gute Anhaltspunkte. Darüber hinaus sind wir den Teilnehmern des ersten *Advisory Board Meetings* vom 19.6-1.7.2000 in Otzenhausen zu Dank verpflichtet, die uns wertvolle Hinweise gaben.

<sup>25</sup> Siehe PAFE-Fragebogen im Anhang, Erstkonzeption von Jörg Nadoll, zusammengestellt von Jan Velleman.

## Literatur zur Identitätsforschung

- Abdelal, Rawi, Yoshiko Herrera, Alastair Ian Johnston, et al. (2001), Treating identity as a variable: measuring the content, intensity, and contestation of identity, Paper prepared for presentation at APSA, August 30-September 2, 2001, San Francisco.
- Anderson, Benedict (Hrsg.) (1991), *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London: Verso.
- Bach, Jonathan P.G. (1999), *Between Sovereignty and Integration. German Foreign Policy and National Identity after 1989*, New York: St. Martin's Press.
- Berger, Thomas U. (1996), Norms, Identity, and National Security in Germany and Japan, in: Peter J. Katzenstein (Hrsg.), *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, New York: Columbia University Press, S. 317-356.
- Berger, Thomas U. (1998), *Cultures of Antimilitarism. National Security in Germany and Japan*, Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.
- Boekle, Henning, Jörg Nadoll und Bernhard Stahl (2001), Eine Außenpolitik - viele Identitäten? Identität, Diskurse und die Außenpolitik von EU-Mitgliedstaaten. Papier für die IGAPHA-Tagung "Ergebnisse konstruktivistischer Analysen der Internationalen Politik", Evangelische Akademie Hofgeismar (8-10.10.2001).
- Bora, Tanil (1995), Turkish National Identity, Turkish Nationalism and the Balkan Problem, in: Günay Göksu; Saybasili Özdoğan, Kemali (Hrsg.), *Balkans. A Mirror of the New International Order*, Istanbul: EREN, S.101-120.
- Buzan, Barry, Ole Waever und Japp de Wilde (1998), *Security. A new framework for analysis*. Boulder.
- Checkel, Jeffrey T. (1998a), The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: *World Politics* 50(2), S. 324-348.
- Checkel, Jeffrey T. (1998b), Social Construction and Integration, in: *ARENA Working Papers* 98/14, S. 1-42.
- Cruz, Consuelo (2000), Identity and Persuasion. How Nations Remember Their Pasts and Make Their Futures, in: *World Politics* 52(2:), S. 275-312.
- Diez, Thomas (1995), *Neues Europa, altes Modell*, Frankfurt a.M.: Haag + Herchen.
- Diez, Thomas (1998), Perspektivenwechsel. Warum ein "postmoderner" Ansatz für die Integrationsforschung doch relevant ist, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5, Nr. 1, S. 139-148.

- Finnemore, Martha (1996), *National Interests in International Society*, Ithaca, New York: Cornell University Press.
- Foucault, Michel (1989), *The Archaeology of Knowledge*, London.
- Guérot, Ulrike (1998), Bonn, Paris et l'union monétaire, in: IFRI (Hrsg.), *Les relations franco-allemandes: état et perspectives*, Paris: Institut français des relations internationales, S. 137-171.
- Hansen, Lene (2002), Introduction, in: Lene Hansen und Ole Wæver (Hrsg.), *European Integration and National Identity. The Challenge of the Nordic States*, London, New York: Routledge, S. 1-19.
- Hansen, Lene und Ole Wæver (2002), *European Integration and National Identities. The Challenge of the Nordic States*, London, New York: Routledge.
- Harnisch, Sebastian (2002), Theoriegeleitete Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels, in: Hellmann, Gunther/ Wolf, Klaus Dieter/ Zürn, Michael (Hrsg.): *Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland*, (in Vorbereitung), <http://www.sebastian-harnisch.de/publikationen.html>.
- Hedetoft, Ulf (Hrsg.) (1998), *Political Symbols, Symbolic Politics. European identities in transformation*, Aldershot: Ashgate.
- Heuser, Beatrice (1998), *Nuclear mentalities? : Strategies and beliefs in Britain, France and the FRG*, Basingstoke, Hampshire: Macmillan.
- Hoffman, Arthur und Vanda Knowles (1999), *Germany and the Reshaping of Europe. Identifying Interests - the Role of Discourse Analysis*, ESRC-IGS Discussion Paper 99/9, Birmingham.
- Holtmann, Everhard (Hrsg.) (1991), *Politik-Lexikon*, München Wien.
- Hopf, Ted (1998), The Promise of Constructivism in International Relations Theory, in: *International Security* 23(1), S. 171-200.
- Jachtenfuchs, Markus (1999), *Ideen und Integration. Verfassungsideen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien und die Entwicklung der EU*. Habilitationsschrift an der Fakultät für Sozialwissenschaften: Universität Mannheim.
- Jachtenfuchs, Markus, Thomas Diez und Sabine Jung (1996), Which Europe? Conflicting Models of a Legitimate European Political Order, in: *European Journal of International Relations* 4(4), S. 409-445.
- Jäger, Siegfried (1993), *Kritische Diskursanalyse*, Duisburg: Duisburger Inst. für Sprach- und Sozialforschung (DISS).

- Jepperson, Ronald, Alexander Wendt und Peter J. Katzenstein (1996), Norms, Identity, and Culture in National Security, in: Peter J. Katzenstein (Hrsg.), *The Culture of National Security*, New York: Columbia University Press, S. 33-75.
- Jóhannesdóttir, Anna (2001), Außenpolitische Diskursstruktur Dänemarks, PAFE-Paper zum Diskursprofil Dänemarks, Universität Trier, [http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/forschung/pafe\\_pubs.php](http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/forschung/pafe_pubs.php).
- Jung, Sabine (1999), *Europa, made in France. Eine Analyse des politischen Diskurses Frankreichs zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft - von den Anfängen bis heute*, Baden-Baden: Nomos-Verlags-Gesellschaft.
- Katzenstein, Peter J. (Hrsg.) (1996), *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics. New directions in world politics*, New York: Columbia University Press.
- Katzenstein, Peter J. (1997), *Tamed Power. Germany in Europe*, Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Larsen, Henrik (1997), *Foreign Policy and Discourse Analysis. France, Britain and Europe*, London, New York: Routledge.
- Larsen, Henrik (1999), British and Danish European Policies in the 1990s: A Discourse Approach, in: *European Journal of International Relations* 5(4), S. 451-483.
- Lepsius, Rainer M. (1990), *Interessen, Ideen, Institutionen*, Opladen.
- Lütticken, Florian (2001), Deutschland in der Uruguay-Runde des GATT, PAFE-Papier zur GATT-Fallstudie. University of Trier, [http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/forschung/pafe\\_pubs.php](http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/forschung/pafe_pubs.php)
- March, James G. und Johan P. Olsen (1989), *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*, New York: Free Press.
- Marcussen, Martin, Thomas Risse, Daniela Engelmann-Martin, Hans Joachim Knopf, und Klaus Roscher (1999), Constructing Europe. The evolution of French, British and German Nation-State Identities, in: *Journal of European Public Policy* 6(4), S.614-633.
- Mauß, Hanns W. (1992), Zivilmacht: Die Konzeption und ihre sicherheitspolitische Relevanz, in: Wolfgang Heydrich (Hrsg.), *Sicherheitspolitik Deutschlands*, Baden-Baden, S.771-786.
- Mead, George Herbert (1973), *Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus*, Frankfurt a.M.
- Messner, Dirk (2001), Kooperative Weltmacht. Die Zukunft der Europäischen Union in der neuen Weltpolitik, in: *IPG* 1/2001, S. 26-39.

- Milliken, Jennifer (1999), The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods, in: *European Journal of International Relations* 5(2), S. 225-254.
- Nadoll, Jörg (2001), Diskursanalyse und Außenpolitikforschung. PAFE-Arbeitspapier Nr.2. Trier: Universität Trier, [http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/forschung/pafe\\_pubs.php](http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/forschung/pafe_pubs.php)
- Neumann, Iver B. (1995), Collective Identity Formation: Self and Other in International Relations, in: *EUI Working Paper RSC 36*, S. 1-40.
- Peters, Bernhard (1998), Identity Questions, InIIS-Arbeitspapier 19/98, Universität Bremen, Bremen.
- Pollak, Johannes (1998), Zur politischen Identität der europäischen Staatengemeinschaft, Frankfurt am Main: Lang.
- Preston, P.W. (1997), Political/Cultural Identity. Citizens and Nations in a Global Era, London et al: SAGE Publications.
- Prizel, Ilya (1998), National Identity and Foreign Policy: Nationalism and Leadership in Poland, Russia and Ukraine, Cambridge: Cambridge University Press.
- Risse, Thomas, Daniela Engelmann-Martin, Hans Joachim Knopf und Klaus Roscher (1998), Constructing Europe? The Evolution of French, British and German Nation-State Identities. European University Institute. Florence: European University.
- Risse, Thomas (1999a), Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik - Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik, in: Monika Medick-Krakau (Hrsg.), Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden: Nomos, S. 33-57.
- Risse, Thomas, Daniela Engelmann-Martin, Hans Joachim Knopf und Klaus Roscher (1999b), To Euro or Not to Euro? The EMU and Identity Policies in the European Union, in: *European Journal of International Relations* 5(2), S. 147-187.
- Risse, Thomas (2001), A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities, in: Maria Green Cowles, James A. Caporaso und Thomas Risse (Hrsg.), Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change, Ithaca, London: Cornell University Press, S. 198-216.
- Schmidt, Vivien A. (1997), Discourse and (Dis)Integration in Europe: The Cases of France, Germany, and Great Britain, in: *Daedalus* 3, S. 167-199.

- Sjursen, Helene (2001), New Forms of Security Policy in Europe, in: ARENA Working Papers 04/01, S. 1-18.
- Stahl, Bernhard (2001), Die außenpolitische Diskursstruktur Frankreichs. PAFE-Paper zum Diskursprofil Frankreichs, Universität Trier, [http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/forschung/pafe\\_pubs.php](http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/forschung/pafe_pubs.php)
- Stahl, Bernhard (2002), Frankreich im Kosovokrieg. PAFE-Papier zur Kosovo-Fallstudie (unveröff.), Universität Trier.
- Tajfel, Henri (1978), Differentiation between social groups. Studies of social psychology of inter-group relations, London: Academic Press.
- Townson, Michael (1992), Mother-tongue and fatherland : language and politics in German, Manchester - New York.
- Waever, Ole (1995), Resisting the Temptation of Post Foreign Policy Analysis, in: Walter Carlsnaes und Steve Smith (Hrsg.): European Foreign Policy: The EC and Changing Perspectives in Europe, London: Thousand Oaks.
- Waever, Ole (1998), Explaining Europe by Decoding Discourses, in: Anders Wivel (Hrsg.), Explaining European Integration, Kopenhagen: Copenhagen Political Studies Press, S. 100-146.
- Waever, Ole (2002), Identity, communities and foreign policy. Discourse analysis as foreign policy theory, in: Lene Hansen und Ole Waever (Hrsg.), European Integration and National Identities. The Challenge of the Nordic States, London, New York: Routledge, S. 20-49.
- Weller, Christoph (1999), Kollektive Identitäten in der internationalen Politik, in: Walter Reese-Schäfer (Hrsg.), Identität und Interesse, Opladen: Leske + Budrich, S. 249-277.
- Weller, Christoph (2000), Kollektive Identitäten in der Weltgesellschaft - Nationale, transnationale und regionale Identitäten im 21. Jahrhundert. Hamburg: Institut für Asienkunde.
- Wendt, Alexander (1992), Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics, in: International Organization 46(2), S. 391-407.
- Wendt, Alexander (1994), Collective Identity Formation and the International State, in: American Political Science Review 88(2), S. 384-396.
- Wendt, Alexander (1999), Social Theory of Foreign Policy, Cambridge: Cambridge University Press.
- Westlind, David (1996), The Politics of Popular Identity, Lund, Lund University Press.

- Whitman, Richard G. (1998), *From Civilian Power to Superpower? The International Identity of the EU*, Basingstoke: Macmillan.
- Zehfuss, Maja (2001), *Constructivism and Identity: A Dangerous Liaison*, in: *European Journal of International Relations* 7(3), S. 315-348.
- Zolner, Mette (1998), *Reconstructing French Identity in the 1980s and 1990s*, in: Ulf Hedetoft (Hrsg.): *Political Symbols, Symbolic Politics: European Identities in transformation*, Ashgate, S. 170-189.